

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 12-1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

DAS VIERECKIGE PARLAMENT

Wahlen '99: Akzente und Optionen

Eidgenössische Wahlen sind keine Entscheidungsschlachten. Es hat in diesem 150 Jahre alten System niemals Regierungswechsel gegeben. Die Entwicklung von der Dominanz einer Partei in den ersten Jahrzehnten bis zur Etablierung der Vierparteienzauberformel vor vierzig Jahren ist in kleinen Schritten vorangekommen, getrieben von der Einführung des Gesetzesreferendums, dann der Volksinitiative, später der Umstellung vom Majorz- zum Proporzwahlverfahren und stets gedämpft durch die Vielfalt der kantonalen Machtverhältnisse und den beschränkten Einfluss der Parteien auf die individualisierte Personenauswahl. Erfolge und Misserfolge spielen sich im Rahmen einzelner Wählerprozente und einiger Mandatswechsel ab, die an den fundamentalen Kräfteverhältnissen im traditionellen Links-Rechts-Schema über Generationen hinweg kaum etwas geändert haben. Aber die bei Wahlen in westlichen Demokratien überall übliche politische und publizistische Begleitmusik wird selbstverständlich auch hier gespielt.

Hat die Schweiz einen Rechtsrutsch erlebt? Der erste Eindruck ist bei näherer Analyse der Zahlen einer nüchterneren Betrachtung gewichen. Geht man von der traditionellen Zuordnung der Parteien aus, sind lediglich fünf Nationalratsmandate über die imaginäre Mittellinie nach rechts verschoben worden. Dafür haben die Sozialdemokraten im ausgeprägter liberal-konservativen Ständerat überraschend zwei Mandate gewonnen. Viel augenfälliger ist der Konzentrationsprozess hin zu den vier grossen Parteien, die gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat die oppositionellen Rechtsparteien grösstenteils aufgesogen, und die links und halblinks um die Sozialdemokratische Partei (SP) flottierenden Gruppierungen sind arg dezimiert worden. Der gesamtschweizerische medienwirksame Auftritt wird für kleine und für spezifisch regional verankerte Gruppen immer schwieriger. So nähert sich die Schweiz nicht nur in der Regierung, sondern auch im Parlament einer Vierparteienkonstellation, was das Spiel von Mehr- und Minderheiten indessen nur scheinbar vereinfacht. Denn die Auseinandersetzungen zwischen den Inter-

essengruppen verlagern sich noch stärker in die Parteien hinein und werden auch in Zukunft des öfters in parteiübergreifende ad-hoc-Koalitionen münden. Die Schiedsrichterrolle obliegt letztlich dem Volk, dessen Vetopotential der Bundesrat zu antizipieren hat – in den letzten Jahren meistens mit Erfolg.

Auf der Suche nach Mehrheiten

Nun hat sich die politische Konstellation insofern profiliert, als nach den bemerkenswerten Stimmen- und Sitzgewinnen der SVP die beiden Flügelparteien nicht nur die wählerstärksten, sondern auch die homogensten sind, während die an Mandaten immer noch übervertretenen mittleren Parteien für die ihnen vorgeworfene Konsens- und Kompromisskultur mit Wählerverlusten büssen mussten. An ihrer starken Stellung in bezug auf die Arithmetik der Mehrheitsfindung ändert dies freilich nichts. Um politische Entscheide im Parlament und nötigenfalls in Volksabstimmungen durchzusetzen, bedarf es der Zusammenarbeit dreier Parteien, die sich zudem nicht zu sehr versplittern dürfen. Für die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) ist diese Position zwar komfortabel, aber nicht ohne Tücken. *Erstens* bindet sie die beiden Parteien enger zusammen, als ihnen – vorläufig – lieb sein mag, *zweitens* verlangt sie bei aller Differenziertheit ein grösseres Mass an Kohärenz vor allem im öffentlichen Auftritt, und *drittens* ist ihnen zu wünschen, dass sie bei der Bildung von Mehrheitskoalitionen mit einem klar erkennbaren politischen Koordinatensystem operieren. Daran haben sich die beiden möglichen Kooperationspartner SVP und SP wohl oder übel zu orientieren.

Mit der Brechstange lässt sich in diesem ausbalancierten Viereck nichts erreichen. Deshalb lässt sich ohne grosses Risiko prognostizieren, dass sich an der Zusammensetzung des Bundesrates vorderhand nichts ändern wird. Wie sollte eine Mehrheit für einen zweiten SVP-Sitz auf Kosten nicht etwa des Antipoden SP, sondern eines Partners einer allfälligen bürgerlichen Koalition gewonnen werden? Ganz ab-

gesehen davon, dass die Abwahl eines amtierenden Bundesrates der gewachsenen politischen Kultur widerspräche, die das Ansehen der Regierung über das parteipolitische Gezänk stellt. Die Option für eine spätere Korrektur anlässlich einer Ersatzwahl oder wohl noch besser bei einer Mehrfachvakanz bleibt durchaus offen. Dann sollte aber eine grundlegende Überprüfung der Zauberformel überhaupt ins Auge gefasst und endlich die fällige Reform der Staatsleitung ernsthaft angepackt werden.

Perspektiven einer zukunftsorientierten Politik

Die Drohung der SVP, dass sie bei Nichtberücksichtigung ihres Anspruchs weiterhin eine populistisch gefärbte Oppositionspolitik betreiben werde, ist primär für die Galerie bestimmt. Sie wird sich zwar keine Chance entgehen lassen, Minderheitspositionen in rüdem Stil auszuschlachten. Aber die fallweise Opposition bei wechselnden Mehrheitsverhältnissen gehört gewissermassen zum System der Allparteienregierung und ist von seiten der Linken auch stets ertragen worden. Und was den Stil betrifft, werden die Erbschaften der polemischen Protestparteien wohl weniger den Medien missfallen als bald einmal den soliden «Bürgerlichen» in den eigenen Reihen zu schaffen machen.

Mit einer systematischen Obstruktionspolitik ist indessen kaum zu rechnen. Sie wäre kurzsichtig und brächte keine zählbaren Erfolge. Nicht von ungefähr haben die «Wahlsieger» die beiden anderen bürgerlichen Parteien nicht nur geschmäht, sondern auch zur engeren Zusammenarbeit aufgefordert. Dies setzt allerdings auch ihre Bereitschaft voraus, konstruktiv zu mehrheitsfähigen Lösungen Hand zu bieten. Das Forum dafür ist und bleibt das Parlament, und ohne eine funktionierende Mechanik zwischen Bundesrat, Verwaltung, Interessengruppen und Parlament lässt

Die fallweise Opposition bei wechselnden Mehrheitsverhältnissen gehört gewissermassen zum System der Allparteienregierung.

sich auf die Dauer nichts erreichen. Die Frage stellt sich, wie hier die Signale der Wähler gelesen und interpretiert werden.

Reduzierte man die Politik auf die traditionellen ideologischen Gegensätze, gäbe es zweifellos eine

einfache arithmetische Formel für eine komfortable bürgerliche Mehrheit. Es ist unverkennbar, dass das Wahlergebnis ein Stück weit diese simple Logik widerspiegelt. Und es ist durchaus denkbar, dass in zentralen wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Fragen dezidierte liberale Positionen bezogen werden. Ob diese ordnungspolitisch stets konsequent sein werden, wenn sie gewichtige Besitzstände und Interessen tangieren, wird man mit Interesse beobachten. Eigentliche Belastungsproben und unheilige Allianzen wird es vor allem bei der unvermeidlichen Konsolidierung der Sozialwerke geben, denn auch die bürgerlichen Parteien werden bei der Umverteilung auf ihre Klientel Rücksicht nehmen und dies als soziale Verantwortung kaschieren.

Die eigentliche Ursache der bürgerlichen Grabenkämpfe lag in den letzten Jahren in der Aussen-

Eigentliche Belastungsproben und unheilige Allianzen wird es vor allem bei der unvermeidlichen Konsolidierung der Sozialwerke geben.

politik, konkret in der verbreiteten Angst vor «Überfremdung». Der Begriff ist zwar aus dem Vokabular verschwunden, aber die emotionalen Reaktionen auf Probleme der Asylpolitik und generell auf den Migrationsdruck lassen sich ohne weiteres auf diesen Nenner bringen. Darunter leidet die realistische Wahrnehmung der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft als Quelle des Wohlstands und der sich daraus ergebenden Konsequenzen in bezug auf die wirtschaftliche, aussen- und sicherheitspolitische Integration in das europäische und globale Umfeld. Mit dem Erfolg der massgeschneiderten bilateralen Verträge dürften sich die aussenpolitischen Konflikte etwas entspannen. Deren Umsetzung wird das Parlament und wohl auch den Bundesrat in der Integrationspolitik zu einer etwas ruhigeren, pragmatischen Gangart veranlassen.

Trotzdem wird der internationale Wettbewerb, der nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Rahmenbedingungen betrifft, die schwerfälligen politischen Strukturen unter verstärkten Reformdruck setzen. Damit werden Strukturkonservative auf der Rechten und der Linken, aber auch Besitzstandswahrer in allen Parteien Mühe haben. Hier sind deshalb auch weiterhin zukunftsorientierte Koalitionen quer durch das ganze Parteienspektrum nötig, um die in Ansätzen bereits vorhandene Dynamik zu erhalten und zu verstärken. ♦

SCHWEIZ – EU: ALTERNATIVEN ODER OPTIONEN?

Die Schweiz steht gegenwärtig wie einst Herakles an einem Scheideweg. Er hatte zu wählen zwischen dem «schmalen Pfad der Tugend» und der «breiten Strasse des Verderbens» und entschied sich für die Herausforderung des mühsameren, anspruchsvolleren steileren Weges, was ihm schliesslich nach bestandenen Prüfungen die Unsterblichkeit bescherte. Ob solches für ein Land wünschenswert sei und welcher Weg tatsächlich an dieses Ziel führt, bleibt eine offene Frage. Die Wege in die Zukunft sind in der Regel auch nicht mit Wegweisern versehen, bzw. die Beschriftung der Wegweiser ist oft problematisch. Wenn etwa auf dem einen «Mitbestimmung», «Kooperation» und «Integration» steht und auf dem andern «Alleingang», «Egoismus» und «Isolation», dürfte der Entscheid nicht schwer fallen, selbst wenn der erste Weg mühseliger sein sollte. Aber wenn wir zwischen «Anpassung» und «Eigenständigkeit», zwischen «mehr Fremdbestimmung» und «mehr Autonomie» wählen müssen und wenn wir die jeweiligen Vor- und Nachteile, die Preise, die zu bezahlen sind, gar nicht kennen, weil wir die Gesamtentwicklung nicht mehr überblicken und erst recht nicht bestimmen können, gibt es gute Gründe, skeptisch und zurückhaltend zu sein.

Der Vergleich mit Herakles charakterisiert die aktuelle Situation nur zum Teil. Es geht zwar um ein Entweder-Oder, aber nicht um «Tugend» oder «Verderben». Wir werden im Lauf des nächsten Jahrzehnts als Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wieder aufgerufen, den EU-Beitritt zu beschliessen oder abzulehnen, und die Frage wird mit «Ja» oder «Nein» bzw. mit Stimmenthaltung oder Stimmanstimmung zu beantworten sein.

Wird aber, wie man es uns heute bei Befürwortern und bei Gegnern suggeriert, der eine Weg in eine prosperierende Zukunft und der andere in den Untergang führen? Stehen wir vor einer Alternative oder vor der Auswahl einer von vielen Optionen, welche immer noch andere Optionen offen lässt? Eine Tatsache, welche Entscheidungstheoretikern vertraut ist, die aber von Politikern kaum je als Argument verwendet wird, besteht darin, dass ein irreversibler Beitrittsentscheid Optionen zerstört und Handlungsfreiheit einschränkt, die ein vorläufiger Nicht-Beitritt offen lässt. In der militärischen Führungslehre haben wir gelernt, dass wir in ungewissen Lagen mit verschiedenen strategischen Konzepten vorbereitet sein müssen (sogenannten Varianten), und dass ein guter Chef stets mit «vorbehaltenen Entschlüssen»

zu operieren habe. Schon ein Korporal, der seine Gruppe nur im Hinblick auf einen einzigen (den wahrscheinlichsten) «Fall» einsetzte, wurde kritisiert. Er musste mit unterschiedlichen Entwicklungen rechnen (auch mit dem «gefährlichsten Fall», d.h. einer *worst-case*-Entwicklung im Umfeld) und sich der jeweiligen Lage flexibel anpassen. Heute hat man den Eindruck, dass solches Denken bei unserer obersten politischen Führung nicht mehr vorhanden ist. Man will *à tout prix* den EU-Beitritt und bearbeitet nun dieses widerspenstige Volk, endlich zu kapieren, dass es dazu keine Alternative gebe, und man investiert auch Steuergelder in diese Belehrungskampagne als Bestandteil der heute vielgerühmten «politischen Führung», deren Kompetenzen – so wird behauptet – im Hinblick auf diesen Beitritt auszubauen seien. Es gibt aber durchaus auch Bürgerinnen und Bürger, deren Nachfrage nach politischer Führung sich mit guten Gründen in Grenzen hält und die von einer Regierung nicht mehr und nicht weniger erwarten als die korrekte Anwendung und Umsetzung des geltenden Rechts.

Die Suche nach «Dritten Wegen» führt bei grundsätzlichen Entscheidungen sehr häufig in die Irre. Dazu ein Beispiel: Zwischen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der Privateigentum und Privatautonomie gewährleistet ist und solchen mit staatlicher Kommandowirtschaft, Interventionismus und Protektionismus gibt es in der Tat kaum dauerhaft funktionierende Zwischenlösungen. Prinzipiell steht eben nicht ein «Interventions-System A» einem «Interventions-System B» gegenüber, das auch durch ein «Interventionssystem C» abgelöst werden könnte, sondern ein «System» und ein «Nicht-System», Eingriff und Nicht-Eingriff. Wenn es aber um Formen der Zusammenarbeit geht, um freie Kooperation (der Terminus «Alleingang» ist eine polemische Fehlleistung), Assoziation oder Integration, sind graduelle Abstufungen möglich. Hier gilt die Sentenz von *Thomas Mann*: «Es geht immer auch anders.» Auch ein EU-Beitritt wäre, das ist den engagierten Gegnern zuzurufen, nicht das Ende der Schweiz. Man hat heute den Eindruck, dass es in der EU-Beitrittsfrage hüben und drüben immer mehr Manichäer gibt, die ein «Reich des Lichts» einem «Reich der Finsternis» gegenüberstellen, Engel hier, Teufel dort. Dass ich als EU-Skeptiker in vielen Diskussionen schon häufig den Eindruck hatte, meine Argumente würden einfach verteufelt oder verblochert, trage ich mit Fassung. Nur meine ich, dass die differenzierten Skep-

tiker die Fähigkeit, den andern zuzuhören, noch eher beherrschen als die engagierten EU-phoriker. Eine Gruppe, auf die es in den kommenden Abstimmungen ankommen wird, tritt nach aussen mit guten Gründen kaum in Erscheinung. Es sind jene, welche aufgrund einer ihrem Wesen nach europa- und welt-offenen Haltung bisher den Beitritt befürworteten, jetzt aber unter dem Druck von Erfahrungen mit «Brüssel» und Befürchtungen über mögliche und wahrscheinliche Entwicklungen in Richtung EU-Sozialstaat, EU-Interventionismus und EU-Protektionismus ihre Meinung in jene Richtung revidieren mussten, die sie einmal als kleinkariert, fortschrittsfeindlich und unsolidarisch bezeichnet haben. Diese ziemlich stillen, rational argumentierenden neuen Beitrittsgegner gibt es in allen Parteien, nicht primär unter den Hinterwäldlern. Man findet sie zunehmend auch in Wirtschaftskreisen, und zwar auf beiden Seiten des Röstigrabens. Ich erlebe immer häufiger solche privaten EU-skeptischen *Coming-outs*, d.h. Meinungsäusserungen, die selbstverständlich mit der Beteuerung verbunden werden, im übrigen sei man durchaus weltoffen und fortschrittlich und keineswegs auf der «*Blocher-Linie*».

Die letzten Wahlen haben in der Schweiz bezüglich EU-Beitritt eine Polarisierung bewirkt, welche auch als «Klärung der Fronten» bezeichnet werden kann. Wer sich zu einem EU-Beitritt kritisch äussert, wird sofort als *Blocher-Anhänger* bezeichnet, als kurzsichtiger Isolationist, als xenophober und futurophober Nationalist, als engstirniger egoistischer Ewig-Gestriger, der nie über den eigenen Gartenzaun hinaus geschaut hat (was bei *Christoph Blocher* zwar alles in Wirklichkeit gar nicht zutrifft, aber seinem in vielen Medien gezeichneten Phantombild entspricht). In einem solchen Klima besteht ein Diskus-

sions- und Klärungsbedarf. Wir müssen einander besser zuhören und einander gegenseitig auch gute Gründe «Pro» und «Contra» zubilligen. Die manichäische Politik an der moralisierenden Gesinnungsfront führt letztlich zu einem Volk von verfeindeten Lagern, das bei jedem Entscheid zu viele «Verlierer» schafft. Es gilt heute sehr genau zu beobachten, was man im Ausland über die Schweiz und ihr Verhältnis zu Europa denkt und äussert. Das ist zwar nicht allein massgebend, aber auf jeden Fall interessant. Vor allem ausserhalb von Europa hört man über die Nichtmitgliedschaft und über die Neutralität auch viel Positives, das über die angelsächsische Freude an Skurrilitäten hinausgeht. Wenn uns unsere Nachbarn freundlich einladen mitzumachen, tut dies in der Seele wohl. Möglicherweise überschätzen sie aber unsere Fähigkeit, Europa in ihrem Sinn zu «verschweizern». Wir müssen diesbezüglich in der Schweiz das richtige Mass an Selbstbewusstsein und Realismus wieder finden.

Sympathiebekundungen sollten uns freuen, aber nicht blind machen. Das Urteil über Vor- und Nachteile können wir nur selbst fällen, und wir müssen wissen, dass Altruismus unter Nationen viel seltener ist als unter Individuen. Ein übertriebener National-egoismus ist aber für einen Staat keine intelligente und langfristig taugliche aussenpolitische Strategie. Oft werden die freundlichen Einladungen auch mit der unausgesprochenen, aber berechtigten Erwartung verbunden, dass wir endlich auch mitzahlen sollten. Darüber muss man reden und klug verhandeln und den Kopf nicht verlieren.

Pestalozzi hat in seiner Pädagogik die Harmonie von Kopf, Herz und Hand postuliert. Vielleicht sollten wir tatsächlich in der EU-Beitrittsfrage weniger polemisieren und in aller Ruhe ein differenziertes Urteil heranbilden. ♦

Subsidiarität

So ergibt sich eine Stufenfolge vom Individuum über die Familie und die Gemeinde zum Kanton und schliesslich zum Zentralstaat, eine Stufenfolge, die zugleich den Staat selbst begrenzt und ihm das Eigenrecht der unteren Stufen mit ihrer unverletzlichen Freiheitssphäre entgegensetzt. In diesem umfassenden Sinne der Subsidiarität enthält also das Prinzip der politischen Dezentralisierung bereits das Programm des Liberalismus in seinem weiten und allgemeinen Sinne ...

Wilhelm Röpke, zitiert in: Gerd Habermann, Das Mass des Menschlichen, Ein Wilhelm-Röpke-Brevier, Ott Verlag, Thun 1999, S. 35.